

TTIP und die Folgen Übernehmen amerikanische Konzerne die kommunale Trinkwasserversorgung? Muss die Stadt die Kulturförderung einstellen? Die Gegner des europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommens fürchten massive Auswirkungen auf die Kommunen. An diesem Dienstag berät der Stadtrat über die Haltung Münchens zu den Plänen

VON ANDREAS GLAS
UND MIRJAM WLODAWER

Man muss sich das mal vorstellen. Noch ein paar Minuten bis zum Wiesn-Anstich, die Kapelle spielt den Defilermarsch, dahinter winkt die Poltreppe. Dann der Höhepunkt des folkloristischen Brimbórios: Der OB haut aufs Fass, brüllt das Ozapft is', reicht die erste Mass dem Ministerpräsidenten und der nimmt den ersten Schluck aus dem, jetzt kommt's: Budweiser-Krug. So ähnlich dürften die Alpträume all jener Münchner ausschauen, die sich gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP wehren. Glaubt man den Befürchtungen der TTIP-Kritiker, droht nicht nur dem Wiesnbier die Amerikanisierung, bald könnte auch das Brauwasser in der Hand internationaler Konzerne sein, genauso wie der öffentliche Stadtverkehr und die Volkshochschulen.

Doch was bedeutet das Freihandelsabkommen TTIP wirklich für eine Kommune wie München? „Es werden viele Ängste geschürt“, sagt der Zweite Bürgermeister Josef Schmid (CSU), und mahnt: „TTIP muss sachlich betrachtet werden, man darf sich nicht von irrationalen Emotionen leiten lassen.“ Wie er als Wirtschaftsreferent zum Freihandelsabkommen steht, wird Schmid an diesem Dienstag in einer Rede an den Stadtrat mitteilen. So viel steht schon fest: Er wird sich nicht klar positionieren, er vertrete „ein Sowohl-als-auch“, sagt Schmid. Mit anderen Worten: TTIP bietet Chancen für München, birgt aber auch Gefahren.

Das Problem ist: Was zwischen EU und USA verhandelt wird, weiß niemand so genau

Vor den Gefahren zu warnen, hat sich Laura Pöhler zur Aufgabe gemacht. Die 27-Jährige forderte, dass die Stadt sich zur TTIP-freien Zone erklärt, sich eindeutig gegen das Freihandelsabkommen positioniert. Gemeinsam mit der in München lebenden Französin Christiane Hansen hat sie die bundesweite Attac-Kampagne „10 000 Kommunen TTIP-frei“ ins Leben gerufen. Die Idee: Weil das Abkommen die kommunale Daseinsvorsorge gefährde, sollten die Abkommensgegner in Bezirksausschüssen und Bürgerversammlungen den Antrag stellen, dass ihre Stadt sich offiziell zur TTIP-freien Zone erklärt. Es soll ein symbolischer Akt sein, ein politisches Signal. Doch die Stadt München hat den Vorschlag bereits abgelehnt.

Wohl auch deshalb, weil keiner so genau weiß, was gerade im Geheimen zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Fest steht nur, dass in den TTIP-Verhandlungen in etwa das passiert, was zwischen den EU-Staaten längst passiert ist. Ziel ist es, Zölle abzubauen und gemeinsame Standards bei Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit, Verbraucherschutz oder Arbeitnehmerrechten einzuführen. Sollte TTIP zustande kommen, könnte dies weitreichende Folgen haben – auch für München.

„TTIP ist wahnsinnig abstrakt. Mit unserer Aktion wollen wir den Menschen konkret zeigen, welchen Einfluss das Freihandelsabkommen auf ihr Leben und ihr Umfeld hat“, sagt Laura Pöhler. Sie steht hinter einem Infostand am Rotkreuzplatz, linke Bündnisse feiern hier das Fest der Solidarität, ein kurdischer Sänger singt auf einer Bühne ein Partisanenlied – auf Türkisch.



Geheime Verhandlungssache

Die Kritiker des Freihandelsabkommens fordern, dass sich München zur TTIP-freien Zone erklärt. Die Stadt lehnt die symbolische Aktion ab, pocht aber auf die kommunale Selbstverwaltung

Was Pöhler den Passanten vermitteln will, ist kompliziert, ihre Botschaft aber eindeutig: Würden Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge – dazu gehören soziale Wohnungsbau, städtisches Gesundheitswesen, Strom- und Wasserversorgung – nicht mehr als hoheitliche Aufgaben der Stadt anerkannt, sei es ausländischen Investoren möglich, sich vor privaten

Schiedsgerichten in diese kommunalen Aufgaben einzuklagen.

Gabriel Felbermayr, Leiter des Zentrums für Außenwirtschaft am Münchner Ifo-Institut, fürchtet, dass diese Möglichkeit von Konzernen missbraucht werden könnte, um Politiker einzuschüchtern. „Man nennt das *regulatory chill*. Bei dem Gedanken verklagt werden zu können,

läuft es einem sozusagen kalt den Rücken herunter“, sagt Felbermayr. In den USA gebe es schon viele solcher Klagen: „Sie werden vom Zaun gebrochen, um Unruhe zu schaffen, strategische Ziele zu verfolgen oder jemanden einzuschüchtern.“ Dass künftig auch US-Unternehmen bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden könnten, befürwortet er allerdings: „Viele Kom-

munen haben klamme Kassen, dort wird auch ohne TTIP die Daseinsvorsorge zurückgefahren. Wenn also spezialisierte Anbieter aus den USA Dienstleistungen günstiger anbieten könnten, wäre das möglicherweise sogar gut für die Kommunen.“ Das Gegenteil erwartet Christoph Scherrer, Leiter des Fachgebiets Globalisierung und Politik an der Universität Kassel. Bei der Wasserversorgung sei zum Beispiel zu befürchten, dass profitorientierte Unternehmen nicht genug in Infrastruktur investierten. Zudem bestehe die Gefahr, dass vor allem kleinere Kommunen nicht imstande seien, ihre Interessen gegenüber finanzstarken Großkonzernen zu vertreten.

Diese Furcht teilen viele deutsche Kommunen. Im Februar hat der Deutsche Städtebund die Bundesregierung aufgefordert, die kommunale Daseinsvorsorge aus dem TTIP-Abkommen auszuklammern. Städte wie Bremen, Magdeburg und Osnabrück haben bereits kritisch zu TTIP Position bezogen. Mit Blick auf die Daseinsvorsorge ist das auch in München zu erwarten. SPD-Oberbürgermeister Dieter Reiter will dagegen kämpfen, „dass die Grundfesten der kommunalen Selbstverwaltung und die Freiheit der öffentlichen Daseinsvorsorge ausgehöhlt werden“. Der Haken: Die Kommunen sind nicht an den Gesprächen beteiligt, verhandelt wird auf höchster Ebene zwischen der EU und den USA – wie zuvor beim kanadischen Handelsabkommen Ceta, das als Blaupause für TTIP gilt und in wenigen Tagen ratifiziert werden soll. Trotz massiver Kritik des Bundeswirtschaftsministeriums an Ceta erklärte die EU-Kommission die Verhandlungen vergangene Woche für beendet. Das Ergebnis sei nicht nachverhandelbar. Gleiches könnte bei den geheimen TTIP-Verhandlungen geschehen.

Der Wirtschaftsreferent sieht noch genügend Raum, um Ergebnisse zu diskutieren

Bürgermeister Schmid hat davor offenbar keine Angst. „Wenn das ausgehandelte Ergebnis bekannt ist“, glaubt er, „haben wir noch genügend Raum, um zu diskutieren.“ Was die Daseinsvorsorge betrifft, ist aber auch seine Position klar: „Wir wollen keine Privatisierung des Wassers, keine Zwangsprivatisierung der kommunalen Betriebe und wir wollen uns nicht in Kulturpolitik reinreden lassen. Was für uns am besten ist, können wir alleine entscheiden, da brauchen wir kein Dreiergremium.“ Gleichzeitig ist Schmid überzeugt, dass München vom freien Handel zwischen USA und Europa profitieren könnte: „Dass freier Handel den Wohlstand fördert und Arbeitsplätze sichert, lernt jeder Wirtschaftsstudent im ersten Semester“, sagt Schmid, der früher BWL studiert hat.

Attac-Mitglied Laura Pöhler sieht das anders. Und sie fürchtet, dass am Ende die Wasserversorgung doch privatisiert wird: „Dann wird das Recht auf Wasser, ein Recht derer, die sich Wasser leisten können.“ Eine mögliche Stillstandsklausel in TTIP könne zudem zur Folge haben, dass Privatisierungen nicht wieder rückgängig gemacht werden könnten. Ähnlich sieht das ihre französische Mitstreiterin Christiane Hansen, in deren Heimatland sich etliche Kommunen – darunter die zwölf Millionen Einwohner starke Region um Paris – gegen TTIP ausgesprochen haben. Dass München das Abkommen kategorisch ablehnt, ist dagegen nicht zu erwarten.

Kleine Chance, großes Risiko

Globalisierungsforscher sieht die Folgen für München zwiespältig

Christoph Scherrer, Professor für Globalisierung und Politik an der Universität Kassel, erklärt die Folgen von TTIP.

SZ: TTIP-Befürworter argumentieren, dass durch das Freihandelsabkommen die Wirtschaft angekurbelt wird. Würden auch die Kommunen profitieren?

Christoph Scherrer: Kommunen mit leistungsfähigen Wettbewerbern, wie zum Beispiel der Autoindustrie, werden davon profitieren. Nur sind das nicht alle Kommunen. Eine andere Frage ist, was mit dem politischen Spielraum der Kommunen passiert. Hier gibt es erhebliche Bedenken. Die Befürchtung ist, dass hoheitliche Aufgaben durch TTIP eingeschränkt werden.

Welche Aufgaben sind das konkret?

Das hängt davon ab, wie hoheitliche Aufgaben im TTIP definiert werden. Werden kommunale Aufgaben wie Wasserversorgung, Müllentsorgung oder die Volkshochschulen nicht als hoheitliche Aufgaben anerkannt, werden sie auch nicht von dem Freihandelsabkommen ausgenommen.

Das heißt, dass in diesen Bereichen der sogenannte Investorenschutz gelten würde. Was wären die Konsequenzen?

Beschließt eine Kommune zum Beispiel eine Mietpreisbremse, könnte eine Firma, die in den Wohnungsbau investiert hat, klagen und Kompensation verlangen. Das wären Summen in Millionenhöhe. Es ist ja nicht der kleine Handwerker aus Utah, der eine Wohnung in München gekauft hat und klagt, es wären Großinvestoren.

Welche Bereiche kommunaler Daseinsvorsorge wären von dem Freihandelsabkommen betroffen?



Der Volkswirt und Politologe Christoph Scherrer leitet das Fachgebiet „Globalisierung und Politik“ an der Universität Kassel. FOTO: OH

Vor allem Bereiche mit gemischter Marktlage, wo es sowohl kommunale als auch private Anbieter gibt. Volkshochschulkurse zum Beispiel könnten teurer werden. In anderen Bereichen muss das nicht unbedingt der Fall sein. Aber wenn kommunale Aufgaben privatisiert werden, wird oft nicht genug in die Infrastruktur investiert. Es kommt oft zu Engpässen. Das betrifft vor allem Wasserversorgung, Strom und Schienenverkehr.

Welche Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge sind für ausländische Investoren besonders interessant?

Interessant ist vor allem die Wasserversorgung. Ein anderer Bereich ist die Gesundheitsversorgung, zum Beispiel städtische Krankenhäuser. Hier sind in den USA Großkonzerne entstanden, die sehr effizient und profitorientiert arbeiten. In diesem Bereich gibt es sicher ein starkes Interesse.

Welche Folgen könnte das haben?

Krankenhäuser unter kommunaler Trägerschaft könnten unter Druck geraten, weil sie Ausgleichszahlungen erhalten, die als Subventionen von ausländischen Investoren kritisiert werden. Ohne diese Ausgleichszahlungen wären Krankenhäuser an kleineren Standorten aber nicht rentabel und müssten schließen. Das wäre für die Patienten natürlich ein Problem.

Sie sagten, dass TTIP nicht für alle Kommunen die gleichen Konsequenzen haben würde. Wo sehen Sie Besonderheiten in Bezug auf München?

Meist stärkt ein solches Freihandelsabkommen Regionen, in denen sich Firmen angesiedelt haben, die auf dem Weltmarkt sehr konkurrenzfähig sind. München gehört da sicherlich dazu.

Ist zu befürchten, dass das Abkommen die Kluft zwischen ländlichen Kommunen und großstädtischen Kommunen vergrößert?

Gerade in Bayern wäre das zu vermuten. Denn TTIP soll auch ein Landwirtschaftskapitel beinhalten. Das Münchner Ifo-Institut, das TTIP eigentlich prinzipiell positiv gegenüber steht, hat kürzlich eine Studie zu diesem Thema erstellt. Ein Ergebnis war, dass gerade die eher kleinbäuerlichen Strukturen Bayerns unter Druck geraten, weil sie mit großen amerikanischen Agrarkonzernen konkurrieren müssen.

Was ist Ihr Eindruck, wie sehr beschäftigt das Thema TTIP die Gesellschaft?

Das Abkommen ist ja unglaublich komplex. Trotzdem ist die Aufmerksamkeit mittlerweile recht groß. Ein zentraler Aspekt ist, dass Unternehmen die Möglichkeit haben, Staaten vor nichtordentlichen Gerichten zu verklagen. Das beunruhigt viele Menschen völlig zu Recht.

INTERVIEW: MIRJAM WLODAWER

Trinkwasser



Eigentlich schien das Thema ja vom Tisch zu sein. Vor zwei Jahren unterzeichneten mehr als 1,5 Millionen Menschen in sieben Ländern der Europäischen Union eine Bürgerinitiative gegen die Privatisierung kommunaler Wasserversorgung – und hatten damit Erfolg. Im Rahmen der TTIP-Verhandlungen könnte das Thema Trink- und Abwasser nun aber wieder zur Debatte stehen. Jedenfalls dann, wenn das Handelsabkommen die Wasserversorgung nicht als hoheitliche Aufgabe der Kommunen definiert. Privatanbieter aus den USA hätten dann gleichberechtigten Zugang zu Ausschreibungsverfahren. Im Falle einer Privatisierung, warnen zumindest die TTIP-Kritiker, könnten vor allem kleinere Städte große Schwierigkeiten haben, gegenüber Großkonzernen einen Vertrag auszuhandeln, der langfristig ihre Interessen sichert. Doch selbst für Großstädte kann das schwierig sein, wie die Beispiele Berlin und Hamburg zeigen. Dort wurden Wassernetze privatisiert, anschließend stiegen die Gebühren sehr schnell an und der Service verschlechterte sich. Sollte außerdem eine Stillstandsklausel in die TTIP-Verträge geschrieben werden, hätte eine Kommune wohl keine Chance mehr, eine Privatisierung rückgängig zu machen. GLA

Kulturförderung



Entgegen anfänglicher Befürchtungen scheint die Kulturförderung vom TTIP-Abkommen zumindest nicht vollständig betroffen zu sein. Der EU-Chefunterhändler Karel de Gucht hat jedenfalls bestätigt, dass Film und Fernsehen nicht Gegenstand der Verhandlungen seien. Weil Ausnahmen bislang aber nirgendwo festgeschrieben sind, fürchten Kritiker weiterhin, dass die Kulturförderung zum Teil dem Investitionsschutz zum Opfer fallen könnte. Dazu gehören Subventionen und Förderstrukturen, die auch in München einen großen Teil der Kulturbranche begünstigen. So werden Theater, Museen und Opernhäuser aus Pördertöpfen unterstützt, Eintrittskarten für Museen oder Theater unterliegen einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz. Diese Maßnahmen sollen der Kulturszene Sicherheit geben und kulturelle Vielfalt möglich machen. Die TTIP-Befürworter könnten darin allerdings eine Wettbewerbsverzerrung sehen, die es privaten Kultureinrichtungen vergleichsweise schwer mache, sich am Markt zu behaupten. Die Gegner des Abkommens warnen deshalb davor, die Kultur könnte zur Ware verkommen und die kulturelle Vielfalt zugunsten des profitablen Massengeschmacks verloren gehen. GLA

Öffentlicher Nahverkehr



Auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gehört in Deutschland zur Daseinsvorsorge, die im Grundgesetz verankert ist. Sichergestellt wird der ÖPNV vom Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV), dessen Gesellschafter der Freistaat Bayern, die Stadt München und die Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Dachau, Ebersberg, Erding, Freising, Fürstenfeldbruck, München und Starnberg sind. Das geplante Handelsabkommen könnte nun bewirken, dass private Bus- und Bahnunternehmen der öffentlichen Hand Konkurrenz machen. Hinter TTIP steht der Gedanke, dass alle Anbieter einen gleichberechtigten Zugang zu Ausschreibungen haben und nicht diskriminiert werden sollen. Von TTIP-Befürwortern wird eine Privatisierung gerne als einzige Möglichkeit dargestellt, um den ÖPNV überhaupt finanzierbar zu halten. TTIP-Kritiker dagegen warnen davor, dass eine Privatisierung des ÖPNV aus Profitgründen zu Entlassungen, Fahrpreiserhöhungen und Einschränkungen des Streckennetzes führen könnten. Die MVV gibt sich bislang allerdings gelassen und lässt mitteilen, dass die Verbände und Verbundstrukturen „nach unserem derzeitigen Stand wohl auch nicht betroffen sein“ werden. GLA

Sozialer Wohnungsbau



Um mögliche Folgen von TTIP für den sozialen Wohnungsbau in München zu verstehen, muss man wissen, dass die Stadt privaten Immobilienkäufern in bestimmten Gebieten Auflagen machen kann. Derzeit betrifft das 107 000 Wohnungen, in denen 193 000 Menschen leben. Die Auflagen sollen Mieter vor Kündigungen, Luxussanierungen und Mieterhöhungen schützen. Außerdem hat die Stadt zum Beispiel für die in zwischen an Investoren verkauften GBW-Wohnungen ein Vorkaufsrecht gegenüber privaten Interessenten. Das besagt eine von Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) ausgehandelte Sozialcharta. Auch die Sozialcharta verfolgt das Ziel, den Bewohnern Bleibe und günstige Mieten zu garantieren. Gegen diese Charta oder städtische Auflagen zum Mieterschutz könnten sich private Investoren künftig mit dem Verweis auf TTIP zur Wehr setzen. Zusätzlich könnte das Freihandelsabkommen auch die von der Bundesregierung geplante Mietpreisbremse gefährden – weil Immobilieninvestoren diese als Benachteiligung auffassen könnten. Die Bremse soll Mieterhöhungen bei Neuvermietungen auf einem „angespannten Wohnungsmarkt“ – wozu München zählen dürfte – auf ein Höchstmaß begrenzen. GLA

Bildung



Auch wenn die TTIP-Verhandlungen eine ziemliche Geheimniskrämerei sind, hin und wieder sickert doch mal etwas durch. Zum Beispiel im Juli, als gemunkelt wurde, die US-Unterhändler sähen die Unterstützung der Kommunen für die Volkshochschulen (VHS) als unerlaubte Beihilfe. Sollte sich diese Haltung tatsächlich durchsetzen, müsste die VHS in München um 12,8 Millionen Euro bangen, die sie derzeit pro Jahr von der Stadt bekommt. Dieses Geld habe bei der VHS München für „erhebliche Irritationen“ gesorgt, sagt deren Managementdirektor Klaus Meisel, schließlich wäre die VHS ohne dieses Geld kaum überlebensfähig. Außerdem könnten dann weitere Konkurrenten auf den Markt treten, denen Meisel nicht zutraut, „den aktuellen sozial- und arbeitsmarktpolitischen Herausforderungen gerecht zu werden. Angebote zur Integration und Migration beispielsweise müssten weiterhin von den Kommunen übernommen werden, während profitablere Angebote wie Sprachkurse von privaten Anbietern übernommen würden.“ Zumindest das Bundesministerium für Arbeit hat aber versprochen, die Erwachsenenbildung an Volkshochschulen bei den TTIP-Verhandlungen auszuklammern. GLA